

# Die Pflege braucht Hilfe

Die Frauen-Union aus Hochfranken diskutiert mit Experten und Bundespolitikern über die Pflege. CSU-Politikerin Zeulner fordert „Pflegerevolution“

Von Jürgen Henkel

Hof/Wunsiedel/Rehau – Eklatanter Personalmangel, überbordende Bürokratie, staatliche Regulierungswut, dazu eine demografische Entwicklung, die das Problem in den nächsten Jahren noch brisanter werden lässt: Das Thema Pflege brennt Politik, Gesellschaft und Betroffenen gleichermaßen auf den Nägeln. Die Kreisverbände der Frauen-Union Hof, Hof-Land und Wunsiedel hatten Experten zu einem Pflege-Gipfel nach Rehau eingeladen, um mit CSU-Bundestagspolitikern ins Gespräch zu kommen. Dabei herrschte Einigkeit, dass es bei der Pflege „fünf nach Zwölf“ ist, wie es Florian Hudetz formulierte. Er ist Geschäftsführer einer

Ausbildung und die Abschaffung der Zahlungspflicht für Kinder von zu pflegenden Eltern mit niedrigerem Jahreseinkommen als 100 000 Euro.

Zeulner hat klare Vorstellungen von der Pflege der Zukunft. „Wir kommen um höhere Steuerzuschüsse nicht herum. Es braucht weniger Bürokratie.“ Der Medizinische Dienst müsse aus Heimen heraus. Es reiche die Aufsicht der Behörden. Und Pflegeheime, deren Träger nicht nach Tarif bezahlen, sollten keinen Versorgungsauftrag mehr bekommen. Auch das Angebot an Tagespflege müsse ausgebaut werden. Die junge CSU-Bundestagsabgeordnete aus Kulmbach weiß, wovon sie redet. Sie ist ausgebildete Krankenpflegerin, hat Berufserfahrung und ist Vorsitzende der Plattform „Health Care Bayern“. Der Verein vertritt über 400 Organisationen und Mitglieder und hat sich die Förderung und die Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Bayern zum Ziel gesetzt. Zeulner weiter: „Wir müssen nicht nur beim Klima vorankommen, sondern auch beim Zukunftsthema Pflege. Klar ist: wir dürfen das Thema Pflege nicht nur vom Geld her denken. Es geht immer um die Pflege von Menschen.“

Bundestagsvizepräsident und CSU-Bezirksvorsitzender Hans-Peter Friedrich machte bei der von der FU-Kreisvorsitzenden Gitti Baumann



„Es braucht weniger Bürokratie.“

Emmi Zeulner,  
CSU-Bundestagsabgeordnete

Firma aus der Gesundheits- und Pflegebranche in Zedtwitz.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner forderte eine „Revolution in der Pflege“ und kritisierte fehlende Unterstützung der SPD. „Ich hätte mir in dieser Legislaturperiode eine große Pflegereform gewünscht. Aus dem Ministerium der hochgelobten SPD-Familienministerin Giffey kam zu diesem Thema vier Jahre lang nichts, obwohl sie auch Seniorinnenministerin war. Und Olaf Scholz hat als SPD-Finanzminister immer wieder höhere Zuschüsse für die Pflege geblockt. Wir könnten heute schon weiter sein.“ Trotzdem habe die Politik einiges auf den Weg gebracht wie etwa die Reform der

aus Schwarzenbach und Ute Hopperditzel aus Regnitzlosau moderierten Veranstaltung deutlich: „Durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung baut sich von Jahr zu Jahr mehr Brisanz auf. Es braucht bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung, um den Beruf attraktiver zu machen.“

Experten aus Pflegeausbildung und Pflegediensten aus der Region vertieften das Thema. Die neue Schulleiterin der Berufsfachschule für Krankenpflege am Klinikum Fichtelgebirge in Marktredwitz, Xenia Kugler, sieht in der reformierten Pflegeausbildung seit 2020 bisher noch keinen Werbeeffekt für die Pflegeberufe.



Die Pflege braucht mehr Personal und weniger Bürokratie.

Symbolfoto: dpa/Sina Schuldt/Porträtfoto: pr.

„Die Generalistik mit Ausbildung in Kinder-, Kranken- und Altenpflege wirkt noch nicht wie ein Magnet. Die Schülerzahlen stagnieren.“

Birgit König, die Berufsfachschule für Pflege der Kliniken Hochfranken in Münchberg leitet, betonte: „Eine bessere Bezahlung ist ein Schritt in die richtige Richtung, dies ist kein Beruf wie jeder andere. Wenn heute 22 von 24 Befragten einer Studie sagen, dass sie aus dem Beruf aussteigen wollen, wie Bayern 5 meldet, dann ist das ein Alarmsignal.“

Florian Hudetz von der Hudetz-

Gruppe berichtete vom Personal- mangel bei Pflegeberufen. „Der Fachkräftemarkt ist leer gefegt.“ Hudetz berichtete von einem wahren Spießrutenlauf bei bayerischen Behörden für die Arbeiterlaubnis ausländischer Fachkräfte und kritisierte die Regierung von Oberfranken. Verfahren für Bewerber von außerhalb der EU dauerten hier über neun Monate, in anderen Bundesländern hingegen nur zwei Monate. „Wir haben als Träger hier in Bayern einen echten Wettbewerbsnachteil.“

Friedrich und Zeulner sagten zu, bei

Regierungspräsidentin Gudrun Piwernetz zu intervenieren. Zeulner gab aber zu bedenken: „Kräfte aus dem Ausland müssen eine Ergänzung sein. Wir brauchen mehr eigene Pflegekräfte.“ Angesprochen auf die Pflegekräfte aus Osteuropa in der häuslichen Pflege sagte Zeulner: „Diese Kräfte gehören zu uns und ermöglichen Pflege und ein selbstbestimmtes Leben zu Hause. Peter Kraus von der Rummelsberger Altenhilfe wies darauf hin, dass 400 000 bis 600 000 Haushalte in Deutschland davon betroffen sind.“